



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XV/75 - 30. März 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Britisch-amerikanische Beweglichkeit</u> Nach dem Maxmillan-Besuch in den USA	45
2	<u>Klare Fronten auf dem Balkan</u> Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	50
3 - 4	<u>Wenn sie übermütig werden...</u> Wie die CDU Gesetzentwürfe behandelt Von W. Jansen	52
4 - 5	<u>Die andere Seite der Medaille</u> Arbeiterlöhne in Franco-Spanien	51
6	<u>Abgeblitzt</u> Krahmann kein Objekt für SED-Propaganda	33

* * *
* *

Britisch-amerikanische Beweglichkeit

Nach dem Macmillan-Besuch in den USA

sp - Alle Nachrichten aus Washington und London deuten daraufhin, daß Eisenhower und Macmillan für die weiteren Genfer Verhandlungen über den Stop von Atomwaffenversuchen eine Kompromißformel gefunden haben, die Moskau - mindestens in gewissen Teilen - anerkennen könnte. Jedenfalls bemerkt "TASS", daß in den Vereinbarungen zwischen dem britischen und dem amerikanischen Staatschef "bei mehreren Vorbehalten einen Teil der sowjetischen Vorschläge akzeptiert wird". In der Praxis der Genfer Beratungen wird man nun bald sehen, welche Detailfragen noch geklärt werden müssen, um tatsächlich den sicher auf allen Seiten erwünschten Kompromiß zu erreichen.

Dieses Ergebnis der Macmillan-Reise nach den USA ist ein erneuter Beweis dafür, wie stark Großbritannien bemüht ist, die Atmosphäre im Vorfeld der Gipfelkonferenz günstig zu gestalten.

Bei den Gesprächen zwischen Macmillan und Eisenhower dürfte aber auch noch ein anderer Fragenkomplex - den man in Bonn besonders beachten sollte - eine erhebliche Rolle gespielt haben. In London ist man sehr erregt über die zur Zeit in Paris stattfindenden EWG/EFTA-Wirtschaftsverhandlungen. Großbritannien fühlt sich von den Regierungen der EWG-Länder brüskiert und befürchtet, daß es wirtschaftlich und politisch vom Kontinent ferngehalten werden soll. Diese Befürchtung kam auch jüngst bei den deutsch-englischen Gesprächen in Königswinter zum Ausdruck.

Man kann unter Berücksichtigung der bekannten englischen Vorbehalte gegenüber den EWG-Beabsichtigungen davon ausgehen, daß Macmillan seinen amerikanischen Gesprächspartner auf die Möglichkeit hingewiesen hat, Großbritannien werde in Zukunft die internationale Politik und besonders sein Verhältnis zur Sowjetunion und China mit eigenen Initiativen zu beleben versuchen. Schon spricht man in der britischen Presse davon, Großbritannien könnte sogar zu einer Politik der Dollar-Beschränkungen zurückkehren. Das ist ein deutlicher Hinweis auf gewisse Druckmittel, die London sogar gegenüber Washington in der Hand hat.

Wenn nicht alles täuscht, hat Macmillan in Washington auch zu verstehen gegeben, Großbritannien müsse nicht unbedingt sein volles NATO-Kontingent in der Bundesrepublik belassen. Dementiert wurden Andeutungen dieser Art bisher nicht...

Die Regierung der Bundesrepublik wird sich noch vor der Gipfelkonferenz sehr bemühen müssen, den Eindruck zu beseitigen, als sei man in Bonn nicht an einer beweglichen und zur Entspannung führenden Taktik interessiert. Das bedeutet nicht die Aufgabe bestimmter Grundsätze die allen Parteien in der Bundesrepublik gemeinsam sind. Es bedeutet vielmehr das intelligente Zingehen auf eine Entwicklung, die Bonn auch dadurch nicht aufhalten kann, daß es sich taub stellt.

Klare Fronten auf dem Balkan

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nach einer Zeit dicht aufeinander folgender Vorschläge, auf dem Balkan eine regionale Zone der Entspannung zu schaffen, ist dieser etwas spektakuläre Abschnitt zu einem gewissen Abschluß gelangt. Nur noch seltener und weniger beachtet beleben abgewandelte Ersatzvorschläge für wenige Augenblicke die infolge des Vorranges militärisch-strategischen Paktedenkens in eine Sackgasse geratene politische Diskussion.

Getreu den großen Vorbildern haben auch auf dem Balkan die Kleinen ihre Positionen auf dem politischen Schachbrett bezogen. Die Ostblockstaaten, bisher in unermüdlichem politischen Frontalangriff, haben eine Kampfpause eingelegt. Die Türkei und Griechenland bleiben weiterhin hinter ihren, einer jeder politischen Diskussion abholden Positionen verschanzt, die sie zweifellos nur mit Einwilligung ihrer obersten fernen militärischen Bundesgenossen aufgeben würden, sollten sie nicht von innen von der eigenen Opposition aufgebrochen werden. Die ist zumindest im griechischen Falle nicht ganz abwegig.

Jugoslawien, nach innen jeder Entspannungspolitik verpflichtet, nach außen infolge der Freundschaft mit Griechenland zur notwendigen Rücksichtnahme auch auf NATO-Interessen verwiesen, einst um eine nach beiden Seiten ausgeglichene Haltung bemüht, hat nun in der Balkanpolitik eine unzweideutig westliche Haltung bezogen. Hatte noch vor wenigen Jahren Staatschef Tito sich beeilt, dem rumänischen Vorschlag zuzustimmen, eine Konferenz aller Regierungschefs der Balkanstaaten stattfinden zu lassen, findet das letzte diesbezügliche Echo aus Sofia, es sollten doch zumindest die Außenminister dieser Staaten zusammentreffen, in Belgrad nicht mehr die allgeringste Billigung.

Erstaunlicher als dieser Wandel der jugoslawischen Politik ist jedoch die Reaktion des Ostblocks auf den Belgrader Kurs. Hat noch vor Jahresfrist die Ostblockpresse den Besuch Staatschefs Tito in Griechenland zum Anlaß genommen, Jugoslawien der Erneuerungsabsichten bezüglich des Balkanpaktes zu verdächtigen, findet die gegenwärtig recht balkanpakttreue Politik Belgrad kaum noch Resonanz. Zwar verfolgen diplomatischen Kreise des Ostblocks in der jugoslawischen Hauptstadt aufmerksam die jugoslawisch-griechisch-italienisch-österreichischen Begegnungen; aber über die sachlich-kühle Registrierung der Vorgänge geht man selbst in informellen Gesprächen kaum noch hinaus.

Mögen die zwischenstaatlichen Beziehungen einigermaßen korrekt sein, kann doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß der ideologische Graben so breit geworden ist, daß ihn niemand mehr anzugehen wagt. Wenn der Ostblock es unlängst abgelehnt hat, Jugoslawien einen ständigen Beobachterposten im Comecon (gemeinsames Wirtschaftsorgan der kommunistischen Staaten) zuzugestehen, so ist dies nur ein bereiteter Ausdruck dafür, daß man in Moskau und anderswo die in der vorhandenen Ideologie und daraus für die Wirtschaftspolitik resultierenden Unterschiede für so groß hält, daß man selbst von einer möglichen stärkeren wirtschaftlichen Bindung Jugoslawiens an den Ostblock nichts mehr hält. Die spät und trotzdem noch recht spärlich durchsickernden Informationen um jene sensationsschillernde winterliche "Erholungsreise" des jugoslawischen Gewerkschaftsvorsitzenden und stellvertretenden Regierungschef Vukmanovic in die Sowjetunion bestätigt nur, daß sich die gegenseitigen Beziehungen selbst in sehr ferner Zukunft kaum so recht "erholen" werden.

Wenn Sie übermütig werden...

Von W. Jansen

Wer sich in Bonn ein neues Gesetz wünscht - sei es die Regierung, sei es eine Partei oder auch eine Gruppe von Abgeordneten - der bringt einen entsprechenden Gesetzentwurf ein. Die Entwürfe werden vom Bundestag in die Ausschüsse verwiesen und kommen von dort nach Beratung und Änderung zur endgültigen Beschlußfassung wieder ans Plenum zurück. Theoretisch werden dabei alle Gesetzentwürfe zum gleichen Thema im Ausschuss gemeinsam behandelt. So wenigstens wäre es guter parlamentarischer Brauch.

Die CDU/CSU hat mit diesem Brauch längst gebrochen. Mit ihrer absoluten Mehrheit beliebt sie zu beschließen, daß die Regierungsvorlage alleinige Beratungsgrundlage wird; sofern die Opposition einen eigenen Gesetzentwurf hat, darf sie ihn in eine Serie von Abänderungsanträgen auflösen. Auf diese Weise versuchen die Mehrheitsmanager zu verhindern, daß vielleicht der eine oder andere CDU/CSU-Abgeordnete an der Gesamtkonzeption der Opposition Gefallen findet. (Beispiel für dieses Ausschussverfahren: Das Verkehrsfinanzgesetz)

Was aber geschieht, wenn die CDU/CSU selbst einiges an einem Regierungsentwurf auszusetzen hat? Nun, sie wird den Regierungsentwurf zur Beratungsgrundlage nehmen, Abänderungsanträge stellen und sie durchsetzen. Sollte man meinen! Sie tut das aber nicht! Sie stellt zwar Abänderungsanträge, erklärt aber dann mit Mehrheitsbeschluss diese Anträge zur Beratungsgrundlage. (Beispiel für dieses Ausschuss-Verfahren: Der sogenannte Lucke-Plan.)

Auch das hat seinen Grund. Den Regierungsentwurf kennen seit Wochen alle Abgeordneten. Die CDU/CSU Anträge aber lernen die Nicht-Christdemokraten etwa 15 Stunden vor der Ausschusssitzung kennen. Genau gesagt: Am Abend vor der morgens beginnenden Behandlung. Ganz schnell müssen diese Anträge angenommen werden; unter keinen Umständen darf die Opposition etwa dazu kommen, diese Anträge noch vor der Ausschussberatung sorgsam zu prüfen, wie das eigentlich die Pflicht eines gewissenhaften Abgeordneten ist. Vielleicht sollen auch eigene Abgeordnete vor allem sorgsamer Überlegung abgehalten und vor durchsachten Oppositionsargumenten abgeschirmt werden. Nur schnell im Ausschuss Fakten schaffen, auf die dann alle Zweifler in den eigenen Reihen fraktionsdisziplinar festgelegt werden können.

Die SPD macht dieses Spiel nicht mit. Als man wieder halberdipolter funkelnagelneue CDU-Anträge durchzuputachen wollte, hat sie kurz entschlossen Ausschuss-Sitzung Ausschuss-Sitzung sein lassen und sich in ihrer Arbeitsgruppe in die genaue Durchleuchtung dieser Anträge versenkt. Schließlich hat die CDU/CSU Anspruch darauf, dass man ihre Anträge - selbst gegen ihren Willen - sorgfältig prüft, so sorgfältig, wie die SPD es sich von der CDU/CSU bei ihren eigenen Anträgen - leider vergeblich - wünscht.

Gross war das Geschrei der Christdemokraten. "SPD verzögert Lücke-Plan" posaunte sie fraktionsoffiziell. Vor lauter Aufregung dementierte sie diese Überschriftbehauptung gleich mit der Nachricht, man habe trotz der Arbeitsgruppensitzung der SPD im Ausschuss weiter beraten.

Es handelt sich um ein Gesetz, das nahezu jeden Bundesbürger in der einen oder anderen Weise unmittelbar berührt. Sie alle haben Anspruch darauf, dass es sorgfältig geprüft und beraten wird. Und sie alle werden sich gegen eine gesetzgeberische Flüchtlingsarbeit wenden, wie die CDU/CSU-Abgeordneten sie betreiben wollen, wenn sie übermütig werden...

+ + +

Die andere Seite der Medaille

G.P. - Wer in diesen Tagen seinen Sommerurlaub plant und dabei in Gedanken den bunten Souvenirbildern nachhängt, die die Fremdenverkehrsmanager von Spaniens sonnigen Gestaden malen, der sollte seine Gedanken auch einmal hinter die Fassade dieser so einladend lächelnden spanischen Gastfreundlichkeit wandern lassen.

Ihm wird dann manches spanisch vorkommen. Zum Beispiel die Tatsache, daß Spaniens Arbeiter nur mühsam ihr Dasein fristen. Es geht ihnen schlecht. Im Würgegriff der Diktatur sind sie aller Möglichkeiten und Mittel beraubt, ihr Los kämpfend zu verbessern. Die Bergarbeiter erhalten die höchsten Löhne - sie sind niedrig genug; ihnen folgen die Metallarbeiter. Die Reihe wird von den Bauarbeitern fortgesetzt. Am Ende der Schlange stehen die Landarbeiter und Gruppen des öffentlichen Dienstes. Sie erhalten Hungerlöhne.

Im Bulletin des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter (IBTH), wurden vor einiger Zeit Zahlen veröffentlicht, die auch heute noch die ständig schrumpfende Kaufkraft der spanischen Arbeiter deutlich machen. Um den demagogischen Charakter der Behauptungen der falangistischen "Gewerkschaften" - der Machtinstrumente des spanischen Diktators Franco - bloßzustellen, hat die Allgemeine Union Spanischer Arbeiter, (UGT) die dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften angeschlossen ist, eine Tabelle zusammengestellt, in der die Kaufkraft der Arbeiter im Jahre 1936, unter der Republik und im Jahre 1958, unter Francos brutalem Regime, verglichen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Verhältnisse im Jahre 1960 keineswegs verbessert, eher regional noch verschlechtert haben.

In der Tabelle werden nicht nur die Preise der verschiedenen Artikel verglichen, sondern ebenfalls die Zeit, die ein Arbeiter 1936 und 1958 arbeiten musste, um ein Kilogramm Brot oder Kartoffeln, einen Liter Milch oder Olivenöl kaufen zu können. Für ein Kilo Brot zum Beispiel arbeitete der spanische Arbeiter in der Republik 37 Minuten. Bei Franco muß er eine Stunde und 55 Minuten arbeiten. Noch schlechter ist es bei Butter: damals fünf Stunden und 49 Minuten, heute 17 Stunden und 46 Minuten.

Die Zahlen der Tabelle ergeben ausserdem, dass ein spanischer Arbeiter gegenwärtig 100,71 Peseten pro Tag verdienen muss, um seine blosse Existenz zu sichern. In den größeren Städten Nordspaniens z. B. beträgt jedoch der Durchschnittslohn nur 33,76 Peseten, das heisst nur ein Drittel dessen, was ein Arbeiter unbedingt zum Leben braucht. In Santander verdient ein unverheirateter ungelernter Bauarbeiter 33,76 Peseten pro Tag, einschließlich aller Zulagen. Für verheiratete Arbeiter ist die Lage sogar noch schlechter, weil selbst besondere Familienzuschläge kaum die erhöhten Kosten aufwiegen, die mit dem Unterhalt einer Familie verbunden sind. Die Akkordzuschläge und ein ausgeklügeltes sogenanntes Prämiensystem bringen dem Arbeiter keinerlei Vorteile. Akkordarbeit ist in der Bauwirtschaft nicht an der Tagesordnung, da die Bauleistung der spanischen Bauindustrie permanent gesunken ist. Das Prämiensystem dagegen wird deshalb nicht praktisch wirksam, weil sich niemand der damit verbundenen gesundheitsuntergreifenden masslosen Überstundenschufterei unterwerfen kann.

Die Tabelle weist u.a. folgendes aus: Ein Kg Zucker kostete 1936 1,85 Pes., 1958 dagegen bereits 11,20 Pes. Ein Kilo Fleisch schnellte von 6 auf 60 Peseten empor und ein Kilo Seefisch gar von 1,60 auf 25.00

Atgeblitzt

sp - Den schwersten Stand in Krahnmann-Prozeß hatten nicht die Angeklagten, sondern der Ostberliner Rechtsanwalt Dr. Kaul. Seine These, mit viel Pathos und forensischer Beredsamkeit vorgetragen, hier handele es sich um einen politischen Mord, ließ sich nicht aufrecht-erhalten, sie fiel Stück für Stück auseinander. Aus dem toten Krahnmann, der in Hannover das Opfer einer Wirtshauschlägerei wurde, läßt sich kein politischer Märtyrer machen, wie es den Herren in Pankow vor-schwebte.

Eine zügellose Propaganda nahm diesen gewiß bedauerlichen Vor-gang zum willkommenen Anlaß, um den Eindruck hervorzurufen, Reisen aus Mittel- nach Westdeutschland seien mit Todesgefahr verbunden. Der Tod des aus der Zone zu Besuch bei Verwandten nach Hannover gekommenen Krahnmann sollte ein Vorwand für die Bemühungen Pankows sein, den Ver-kehr nach Westen noch stärker zu unterbinden. Die Angeklagten, mei-stens junge Burschen, wurden im sowjetzonalen Rundfunk und in der Presse als Faschisten hingestellt, als Werkzeuge finsterner Auftrag-geber, der unglückliche Krahnmann, ein biederer Arbeiter, mit Thälmann und Rosa Luxemburg verglichen, der, gleich diesen, wegen seiner poli-tischen Überzeugung feiger Körperhand zum Opfer fiel. Nichts von alle-dem kam auch nur mit einem Körnchen der Wahrheit nahe. Dem Staran-walt aus der Zone gelang es nicht, auch nur den geringsten Schatten eines politischen Motives hervorzuzaubern, ja, Kaul mußte selbst in seinem Plädoyer bestätigen, die gesamte Verhandlung sei "eindringlich, präzise, fehlerlos und fair" geführt worden, aus solchem Munde gewiß ein unerwartetes Lob für den prozeßführenden Landgerichtsdirektor Dr. Hinkel.

Es ist gut, daß das mit diesem Prozeß, der ein Spiegelbild des innerdeutschen Bruderkampfes bietet, befaßte Gericht alles Menschen-mögliche zur Aufhellung dieser Schlägerei mit tödlichem Ausgang tat. Der Versuch Pankows, daraus Kapital zu schlagen, ist gründlich miß-lungen. Die propagandistische Ausbeutung dieses tragischen Falles zeugt freilich von einer kaum mehr zu überbietenden Skrupellosigkeit der Herren in Pankow.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel